

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 01.04.2011

Die Lehren aus dem niedersächsischen Landespflegebericht 2010 ziehen: Wie will die Landesregierung den Abbau in der Kurzzeitpflege stoppen, dem Fachkräftemangel effektiv entgegenwirken und eine vollständige Flächenversorgung sicherstellen?

Der Landespflegebericht 2010, den die Landesregierung Ende März 2011 vorgelegt hat, weist einen großen Handlungsbedarf für Niedersachsen im Bereich der Pflege auf. Das gilt ganz besonders für die Bedarfsentwicklung, an der sich ein eklatanter Fachkräftemangel abzeichnet. Außerdem zeigt der Bericht aktuell bestehende Probleme regionaler Unterversorgungen im Flächenland Niedersachsen. Dies trifft beispielsweise auf den massiven Abbau von Kurzzeitpflegeeinrichtungen zu. Dieser Abbau läuft dem Grundprinzip „ambulant vor stationär“ entgegen. Er steht im Widerspruch zu einer Entwicklung, die in dem Bericht auch als „gemischte Pflegearrangements“ bezeichnet wird und einen Zuwachs an speziellen Bedarfen im Umfeld der häuslichen Pflege zum Ausdruck bringt. Von 69 der Kurzzeitpflegeeinrichtungen, die 1999 noch existierten, waren 2007 nur noch 23 - also genau ein Drittel - vorhanden. In 29 von 46 Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es nach diesem Bericht aktuell keine Kurzzeitpflegeeinrichtung. Ähnlich schlecht sieht der Umsetzungsstand in der Errichtung von Pflegestützpunkten aus, die seitens der Landesregierung einst als ein wichtiger Baustein für die flächendeckende Versorgung vorgestellt wurden. In lediglich 20 Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es bisher einen Pflegestützpunkt.

Der Landespflegebericht 2010 benennt, dass Niedersachsen nach Bremen die niedrigsten Pflegesätze im Westländervergleich hat. Eine weitergehende Auseinandersetzung über die Ursachen und Folgen wird allerdings in diesem Bericht nicht geführt. Nicht betrachtet wird auch die Frage einer möglichen Reform in der Pflegeversicherung, die gegebenenfalls das Einnahmeproblem der Pflegekassen und damit auch das Finanzierungsproblem der Pflegeträger lösen könnte. Diese und weitere Diskussionen scheinen indes nach Einschätzung vieler Experten notwendig: So wird beispielsweise die im Bericht genannte Imagekampagne für Pflegeberufe wohl nur in der Kombination mit einer tatsächlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege einhergehen können. Ein wichtiger Grund für das angeschlagene Image der Pflegeberufe sowie der hohen Fluktuation in diesem Berufsfeld ist nach allgemeiner Einschätzung in den Tendenzen zum Lohndumping zu finden. Sehr zahlreich beschäftigten sich Zeitungsartikel in den vergangenen Wochen und Monaten mit diesbezüglichen tariflichen Entwicklungen wie der Höhe des Pflege-Mindestlohnes und der Zeitarbeit in der Pflege. Ein weiteres im Bericht nicht erwähntes, aber nach Auffassung vieler bedeutendes Thema ist die öffentliche Diskussion um die weitere Etablierung von osteuropäischen Hauskräften.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund des eklatanten Rückgangs von Kurzzeitpflegeeinrichtungen in Niedersachsen ihre Sparmaßnahmen im Bereich der Kurzzeitpflege, wonach die Pflegebedürftigen bzw. deren Angehörige neuerdings einen Zuschuss von knapp 17 Euro am Tag für die ersatzweise Unterbringung in Langzeitunterkünften leisten müssen?
2. In welcher Form wird sich die Landesregierung dafür engagieren, dass sich die tarifliche Entwicklung in der Pflegebranche zukünftig auch tatsächlich an der notwendigen Qualifikation, an der hohen Verantwortung und an der körperlichen wie psychischen Belastung der Pflegenden orientiert?

3. Welche Reformen wird die Landesregierung im Bereich der Pflegeversicherung auf Bundesebene unterstützen, um eine qualitativ hochwertige Versorgung für alle pflegebedürftigen Menschen in Niedersachsen mittel- und langfristig zu gewährleisten?

Ursula Weisser-Roelle
Parlamentarische Geschäftsführerin